



Christoph Buser will Hausbesitzer entlasten

Liestal | Der FDP-Landrat lanciert «Wohnkosten-Initiative»

sda. Im Kanton Baselland wird eine Volksinitiative «für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten» lanciert. Sie will verhindern, dass Wohneigentümer während dreier Jahre über 50 Millionen Franken mehr Steuern zahlen müssen. Hinter der formulierten Gesetzesinitiative steht ein bürgerliches Komitee um Wirtschaftskammer-Direktor und FDP-Landrat Christoph Buser. Mit der Unterschriftensammlung soll nächste Woche begonnen werden, wie das Komitee gestern mitteilte. Auslöser der «Wohnkosten-Initiative» sei die Reaktion der Baselbieter Regierung auf ein Urteil des Bundesgerichts. Dieses hatte im Januar die Berechnung des Eigenmietwerts im Kanton als verfassungswidrig taxiert.

Nach diesem Bundesgerichtsentscheid schlug die Baselbieter Regierung Massnahmen vor, die nach Angaben des Komitees für selbstnutzende Wohneigentümer eine massive Steuererhöhung zur Folge hätten. Die Rede ist in der Mitteilung von 18 Millionen Franken pro Jahr für die Zeit von 2016 bis 2019. Dieser «ungerechtfertigten, massiven Steuererhöhung» tritt das Komitee mit seiner Initiative entgegen. Verlangt wird darin eine Anpassung des Steuergesetzes rückwirkend per 1. Januar 2016.